



Rathaus Umschau

Freitag, 23. November 2012

Ausgabe 224

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	4
Meldungen	4
› Glückwünsche für Dr. Helmut Zöpfl zum 75. Geburtstag	4
› OB Ude zur Bevölkerungsprognose 2011 - 2030	5
› Theater und Tanz: Debütförderungen und Stipendien vergeben	6
› Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen	8
› Sprechstunde im Ausländerbeirat	8
› Christkindl-Postamt öffnet seine Pforten	9
› Bibliotheksnachwuchs packt an	9
› Schtetl, Stadt und Metropole – Virtuelle Präsentation mit Vortrag	10
› Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“	11
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche	11
Antworten auf Stadtratsanfragen	12
› Fehlbetäubungsrate bei Schlachttieren	12
› Online Fundbüro	17
› München unterstützt die „Vermisst“-Kampagne des Bundesinnenministers gegen Islamistische Radikalisierung!	19
› „Mehmet“ ist hier unerwünscht!	20
› Nachgefragt: Umbenennungen von Kolonialstraßen	21
› Menschenwürdige Haftbedingungen in der JVA München einfordern – die LHM wird beim Freistaat aktiv!	
Was ist in Stadelheim los, Frau Merk?	22
› Nachhaltigkeits-Zertifizierungen für Münchner Immobilien	23
› Wärmedämmung an Hausfassaden – unwirksam und teuer?	25
› Tuberkulose-Risiko durch Tausende Sinti und Roma aus Bulgarien?	27
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	12



Terminhinweise

Wiederholung

Montag, 26. November, 17 Uhr, Marienplatz

Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet den Christkindlmarkt.

Wiederholung

Montag, 26. November, 19 Uhr,

Aula der Ludwig-Maximilians-Universität, Geschwister-Scholl-Platz

Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises 2012 an den Autor Jürgen Dehmers (Pseudonym) für sein Buch „Wie laut soll ich denn noch schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch“ mit Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. Jörg Platiel, Vorsitzender des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels-Landesverband Bayern e.V., und Professorin Dr. Beate Kellner, Vizepräsidentin der Ludwig-Maximilians-Universität. Die Laudatio hält Dr. Tanjev Schultz (Süddeutsche Zeitung).

Mit dem gemeinsam vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern und der Landeshauptstadt München vergebenen und mit 10.000 Euro dotierten Geschwister-Scholl-Preis wird jährlich ein Buch ausgezeichnet, das von geistiger Unabhängigkeit zeugt und geeignet ist, bürgerliche Freiheit sowie moralischen und intellektuellen Mut zu fördern und dem verantwortlichen Gegenwartsbewusstsein wichtige Impulse zu geben.

Die Verleihung findet im Rahmen des Literaturfestes München vor geladenen Gästen (Medienvertreter willkommen) statt.

Achtung Redaktionen: Am 26. November findet um **11 Uhr** im Senatsaal der Ludwig-Maximilians-Universität, Geschwister-Scholl-Platz 1, ein Pressegespräch statt anlässlich der Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises 2012 mit Jürgen Dehmers (Pseudonym für Andreas Huckele), Geschwister-Scholl-Preisträger 2012, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Dr. Jörg Platiel, Vorsitzender des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels Landesverband Bayern e.V. sowie Vorsitzender der Jury des Geschwister-Scholl-Preises 2012.

Anmeldung zum Pressegespräch bei Andrea Wolf, Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V., Telefon 29 19 42 41, wolf@buchhandel-bayern.de.



Wiederholung

Montag, 26. November, 19 Uhr, Stephansplatz

Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet den „Pink Christmas“, einen Weihnachtsmarkt der anderen Art. Er spiegelt das bunte Leben der Stadt wider. Auf dem Markt setzen die lokalen Künstlerinnen und Künstler sowie Händlerinnen und Händler ein deutliches Zeichen für das gelebte Miteinander im Viertel. Die weißen Pagodenzelte stehen heuer erstmals über die volle Adventszeit, vom 26. November bis 23. Dezember. Hier können Schwule, Lesben, Anwohner und Gäste aus der ganzen Stadt shoppen, bummeln, essen, trinken und Freunde treffen.

**Dienstag, 27. November, 10.30 Uhr,
Filmtheater Sendlinger Tor, Sendlinger-Tor-Platz 11**

„100 Prozent Einsatz: Damit München als erste Millionenstadt Deutschlands die Vorgaben des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes erfüllt“ – so lautet das Motto der Pressekonferenz des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM,) in der Axel Markwardt, Kommunalreferent der Landeshauptstadt München und Erster Werkleiter des AWM, und Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM, die Folgen des Wandels der Abfallhin zur Kreislaufwirtschaft erläutern und erstmals das neue Erscheinungsbild des AWM in der Öffentlichkeit präsentieren. Neben einem neuen Logo, dem neuen Claim, neuen Fahrzeugplakaten und weiteren öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wird erstmals der neue Kinospot des AWM gezeigt.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

**Mittwoch, 28. November, 18 Uhr,
Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Straße 15, Foyer**

Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte bei der Finissage eines Projekts der Münchner Künstlerin Monika Humm. Seit Anfang November ist im Foyer des Referats unter Verwendung von Fotomaterial der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wirtschaftsreferats ein Paravent entstanden. Dieser ist Teil der Serie „Global 2012“ mit abstrakten Stadtlandschaften, die aus der malerischen Bearbeitung von Fotoserien entstanden sind. Zwei Arbeiten aus dieser Serie sind ebenfalls zu sehen. Die Ausstellung kann bis 9. Dezember besichtigt werden.

Freitag, 30. November, 16 Uhr, Maibaum am Viktualienmarkt

Dieses Jahr findet in der Vorweihnachtszeit auf dem Viktualienmarkt erstmals der „Adventszauber“ statt. Veranstalter sind die Markthallen Mün-



chen. Aus diesem Anlass übernimmt Kommunalreferent Axel Markwardt bereits am Freitag vor dem ersten Adventswochenende das Einschalten der neuen Weihnachtsbeleuchtung auf dem Markt. Illuminiert werden 28 Straßenlaternen, das Müllhäuschen und als Highlight der Maibaum. Das Wahrzeichen des Viktualienmarktes, gespendet und aufgestellt vom Verein Münchner Brauereien e.V., wird dann auch bei Dunkelheit weithin gut sichtbar sein.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Bürgerangelegenheiten

**Freitag, 30. November, 14 bis 15.30 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

Meldungen

Glückwünsche für Dr. Helmut Zöpfl zum 75. Geburtstag

(23.11.2012) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Dr. h.c. Helmut Zöpfl zum bevorstehenden 75. Geburtstag: „„Erfülltes Leben“ – dieses Motto im von Ihnen verfassten Gedicht lässt sich auf Ihren Ehrentag in ganz besonderer Weise übertragen. Sie können auf eine erfolgreiche Karriere als Pädagoge zurückblicken. Als Lehrstuhlinhaber für Schulpädagogik an der LMU München und als Autor zahlreicher Fachbücher und -artikel in den Bereichen Pädagogik, Philosophie, Theologie und Naturwissenschaften haben Sie einen wichtigen und honorierten wissenschaftlichen Beitrag geleistet.

Zur Ihrer beispielhaften Lebensphilosophie gehört auch Ihr Engagement, das Sie unter anderem als Mitglied der Enquete Kommission der Bundesregierung zur Gewaltprävention oder auch als Mitglied des Nationalen Drogenrates ausführen. Neben zahlreichen Auszeichnungen sind Sie Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Bayerischen Verdienstordens.

Neben Ihrem beruflichen Werdegang entstand besonders aus Ihrer Liebe zur Heimat die Grundlage für eine zweite Karriere, die Sie über das Fachpublikum hinaus bekannt machte. Als einer der bekanntesten bayerischen Mundartdichter, Geschichtschreiber und als Kinderbuchautor prägen Sie

bis heute einen unverkennbaren Stil, der sich in einem Satz zusammenfassen lässt: Positives Denken in allen Lebenslagen.

Ihre heiteren aber auch tröstenden und nachdenklichen Geschichten und Gedichte erfreuen seit Jahrzehnten eine treue Leserschaft. Dass Ihr kreatives Schaffen ins Herz der Leser dringt, zeigt sich durch zahlreiche Auszeichnungen, zu denen unter anderem der Münchner Literaturpreis, der Oberbayerische Kulturpreis und der Sigi-Sommer-Preis gehören.

Ich wünsche Ihnen persönlich gute Gesundheit, Energie und Schaffenskraft sowie Inspiration und Ideen für weitere Gedichte und Geschichten! Darauf freue ich mich und wünsche ein schönes Geburtstagsfest.“

OB Ude zur Bevölkerungsprognose 2011 - 2030

(23.11.2012) Der Demografiebericht mit der Bevölkerungsprognose von 2011 - 2030 belegt nach Ansicht von Oberbürgermeister Christian Ude, dass sich München in einer Wachstumsphase befindet und auf weiteres Wachstum einstellen muss, das sich allerdings von der gegenwärtigen rasanten Entwicklung auf moderate Einwohnerzuwächse normalisieren wird. Die Zahl der Wohnberechtigten wird nach der vorliegenden Prognose bereits 2014 die 1,5 Millionen-Grenze überschreiten, voraussichtlich 2023 auf 1,6 Millionen ansteigen und 2030 bei 1,651 Millionen liegen. Das ist ein Wachstum von 14,9 Prozent und entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 0,73 Prozent.

Ude: „Wenn man bedenkt, dass München bereits während der Olympischen Spiele von 1972 1,3 Millionen Einwohner hatte und diese Zahl auch noch drei Jahrzehnte später Gültigkeit besaß, stellt man fest, dass die Stadt über einen sehr langen Zeitraum hinweg kein Bevölkerungswachstum verkraften, sondern praktisch nur für steigende Ansprüche an den Wohnraum eine rege Bautätigkeit entwickeln musste. In den vergangenen Jahren begann aber tatsächlich ein enormes Wachstum, das auch noch geraume Zeit auf hohem Niveau anhalten wird. Mit Wachstum muss allerdings nicht nur das Stadtgebiet rechnen, sondern sowohl nach bisherigen Erfahrungen als auch nach den neuesten Prognosen das Münchner Umland. Deshalb lassen sich die Probleme auch nur in der Gesamtregion lösen und nicht im Stadtgebiet alleine.“

Wachstumsprognosen werfen, so Ude, regelmäßig zwei Fragen auf:

- Ist das prognostizierte Wachstum auch wünschenswert?
- Und wäre es gegebenenfalls vermeidbar?

Dazu der Oberbürgermeister: „Ein jährliches Wachstum deutlich unter einem Prozent würde in vielen Metropolen dieser Welt schon fast als Stagnation empfunden, trotzdem stellt es im Vergleich zu den drei Jahrzehnten nach den Olympischen Sommerspielen von 1972 schon eine große

Herausforderung dar, vor allem an den Wohnungsbau, den Mieterschutz und die gesamte städtische Infrastruktur, die dem wachsenden Bedarf gerecht werden muss. Viele Menschen empfinden die steigende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Auswirkungen auf die Immobilienpreise und die Mieten, den Zwang zur Nachverdichtung und die stärkere Auslastung der Infrastruktur nicht als ‚Zuwanderungs-, Gewinn‘, sondern als Stressfaktor und Problemdruck. Gleichzeitig weisen Regionen in Bayern, in Deutschland und Europa einen wachsenden Problemdruck durch Abwanderung auf. Strukturschwache Städte und Regionen kämpfen gegen unerwünschte Schrumpfungsprozesse, deshalb müsste auf allen politischen Ebenen mehr für das Gleichgewicht der Regionen getan werden. Dabei muss aber bewusst sein, dass wir nicht nur in einem Land, sondern in einem Kontinent der Freizügigkeit leben. Die Wohnsitzwahl kann nicht verordnet werden, sie wird vielmehr von den Menschen selbst vorgenommen und orientiert sich ganz stark an den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, an der Attraktivität der Städte und ihren Kultur- und Freizeitangeboten, aber auch der Aufnahmekapazität des Wohnungsmarktes.“

Wie viel die Münchner Bevölkerungsprognose mit dem europäischen Einigungsprozess zu tun hat und deshalb „kommunalpolitisch gar nicht beeinflussbar ist“, zeige die Liste der „Top Ten der Herkunftsländer“ beim Wanderungssaldo des Jahres 2011: Auf Platz 1 steht – „nein, keineswegs die Türkei –, sondern: Polen“ mit 3.413, gefolgt von Rumänien mit 3.190. An dritter Stelle kommt das innerdeutsche Wanderungsplus von 2.709, dann folgen bereits Griechenland mit 2.211, Ungarn mit 2.197 und Bulgarien mit 1.922. Italien: 1.253. Afghanistan: 1.123. Spanien: 1.050. USA: 660.

Theater und Tanz: Debütförderungen und Stipendien vergeben

(23.11.2012) Der Kulturausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung über Debütförderungen und Stipendien für Theater und Tanz entschieden. Im Bereich Theater wurden zwei Debütförderungen in Höhe von je 12.000 Euro und zwei Stipendien vergeben. Die beiden Arbeits- und Fortbildungsstipendien sind mit jeweils 4.000 Euro dotiert.

Sebastian Linz kann sein Debütprojekt „How to disappear completely“ realisieren. Er beschäftigt sich mit dem Verlust der Teilhabe am sozialen Leben und die ungewollte Isolation durch Krankheit. Basierend auf dem Roman „Verschwunden“ von Silvia Bovenschen, in dem die Autorin ihre schleichende Krankheit und die Folgen thematisiert, entwickelt er gemeinsam mit dem Team von „ausbau sechs“ eine Theaterarbeit. Das Publikum soll in die ungewollte Isolation der Kranken eingebunden werden: An einen Rollstuhl gefesselt wird es von den Performern in der Rolle des Pflegeper-



sonals umsorgt und nur über Kopfhörer Gelegenheit haben, an der Welt zu partizipieren.

Christiane Mudra will mit ihrem Debütprojekt „yoUturn“ die permanente Überwachung durch Geheimdienste in der ehemaligen DDR oder Syrien thematisieren, die den Alltag der Menschen massiv beeinflussen. Unterwegs durch die Stadt, wird eine persönliche Geschichte entwickelt, die mittels SMS, Anrufen oder bereitgelegten Gegenständen die Bespitzelung veranschaulicht. Aus dem öffentlichen Raum geht es in den geschlossenen Theaterraum, in dem eine Verhörsituation nachgestellt wird.

Ein Arbeits- und Fortbildungsstipendium erhalten Lorenz Seib für „Bühne sucht Wirklichkeit“, der sich mit der Garage als Guckkastenbühne beschäftigt, und Leila Semaan für „Save me – Neue Heimat (AT)“. Semaan arbeitet mit und über Flüchtlinge.

Im Bereich Tanz wurden drei Arbeits- und Fortbildungsstipendien in Höhe von jeweils 4.000 Euro vergeben. Judith Hummel erhält die Förderung, um ihre Forschung in der zeitgenössischen Körperarbeit und Nacktheit in der Kunst fortsetzen zu können. Yvonne Pouget wird bei einem „Exerzitienaufenthalt in Süditalien“ Gelegenheit haben, spirituelle Elemente im Tanz und den Zusammenklang von Körper, Geist und Seele in ihrer spezifische Formensprache weiterzuentwickeln. Dali Touiti wird sich im Rahmen des Stipendiums der „Auseinandersetzung mit stilbildenden Choreografien des 20. Jahrhunderts in Bezug auf deren interkulturelle Perspektivierung“ widmen.

Der Kulturausschuss folgte mit den Beschlussfassungen jeweils der Empfehlung einer Jury. Die Jurybegründungen sind unter www.muenchen.de/kulturfoerderung in der Rubrik Projektförderung Darstellende Kunst abrufbar.

Der Jury Freie Theatergruppen gehören als Fachjurymitglieder Professor Cornel Franz (Bayerische Theaterakademie) Hermann Hiller (Architekt), Dr. Katharina Keim (Theaterwissenschaftlerin), Professorin Dr. Anke Roeder (Theaterwissenschaftlerin), und Christiane Wechselberger (Theaterkritikerin), sowie von Seiten des Stadtrates Haimo Liebich und Regina Salzmann (SPD), Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Evelyne Menges und Otto Seidl (CSU) an.

Der Jury zur Ermittlung der Vergabevorschläge im Bereich Tanz gehören an als Fachjurymitglieder Robert Hofmann (Leiter i-camp), Ludger Lamers (Choreograph), Dr. Michael Ott (Universität München), Christina Ruf (Theaterregisseurin), und Katja Werner, (Tanzkritikerin) sowie von Seiten des Stadtrates Dr. Ingrid Anker, Monika Renner (SPD), Thomas Niederbühl (Rosa Liste), Dr. Evelyne Menges und Dr. Reinhold Babor (CSU).

Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

(23.11.2012) Das Aktionsbündnis 2012 setzt seine Aktionen im Rahmen der „Münchener Aktionswochen gegen Gewalt an Frauen“ (5. November bis 27. November) fort. Im Zentrum steht jetzt der 25. November als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen. Am Aktionsbündnis 2012 ist die Gleichstellungstelle für Frauen der Landeshauptstadt München als Kooperationspartnerin maßgeblich an der Planung und Durchführung der Aktionen beteiligt.

Am Sonntag, 25. November, 11 Uhr, findet im Kommunikationszentrum für Frauen und Arbeit (KOFRA) in der Baaderstraße 30 eine Matinée mit Brunch statt. Gezeigt werden Filme aus verschiedenen Ländern zum Thema „Widerstand gegen Männergewalt“. Zu sehen sind „Shortcut to Justice“ über couragierte Frauen in Indien und „Zenergija ich kann nicht gehen, weil...“ über ein Straßentheater von Frauen in Serbien, um Gewalt an Frauen öffentlich zu machen. Der Eintritt ist frei.

Am 25. November 1960 wurden in der Dominikanischen Republik drei Regimegegnerinnen, die Schwestern Mirabal, auf Befehl des Diktators Trujillo verschleppt, vergewaltigt und ermordet. Ihre politische Arbeit galt dem Sturz der Diktatur und dem Widerstand gegen die sexuelle Versklavung der Frauen. 1961 riefen lateinamerikanische Feministinnen diesen Tag zum Widerstandstag gegen Gewalt an Frauen aus, 1999 wurde er zum internationalen Aktionstag durch die Vereinten Nationen deklariert. Weltweit finden an diesem Tag Aktionen zur Bekämpfung von Diskriminierung/Gewalt an Frauen statt.

Sprechstunde im Ausländerbeirat

(23.11.2012) Die nächste Sprechstunde der Vorsitzenden des Ausländerbeirats, Nükhet Kivran, findet am Dienstag, 27. November, von 16.30 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirats, Burgstraße 4, Zimmer 032 statt.

Das Angebot richtet sich an Münchnerinnen und Münchner, die Fragen zum Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund erörtern möchten oder ein migrationspolitisches Anliegen haben. Außerdem berät Kivran über Möglichkeiten der Zuschussvergabe für integrative Projekte.

Um Wartezeiten zu vermeiden, wird eine vorherige Terminabsprache in der Geschäftsstelle unter Telefon 2 33-9 25 56 empfohlen.

Christkindl-Postamt öffnet seine Pforten

(23.11.2012) Erstmals besucht das Steyrer Christkindl den Münchner Christkindlmarkt. Als Repräsentant der österreichischen Stadt Steyr eröffnet es am Mittwoch, 28. November, zusammen mit dem Vizebürgermeister der Stadt Steyr, Gunter Mayrhofer, das Christkindl-Postamt. Danach gibt es von 13.15 bis 14 Uhr im Durchgang zum Prunkhof des Rathauses Autogramme und lässt sich mit den Gästen des Christkindlmarktes fotografieren.

Der Steyrer Ortsteil Christkindl richtet seit 1950 zur Weihnachtszeit ein Sonderpostamt ein. Das Christkindl-Postamt in München ist eine Dependence, die seit 1978 einen besonderen Service bietet: Von 28. November bis 9. Dezember, täglich von 12 bis 18 Uhr, wird die dort abgegebene Weihnachtspost mit dem Poststempel „Christkindl“ versehen und rechtzeitig zum Weihnachtsfest zugestellt. Briefe an das Christkind können hier ebenfalls abgegeben werden. Kinder bekommen darauf auch eine Antwort. Das Kostüm des Steyrer Christkindls wurde in 126-stündiger Arbeit hergestellt. 196,5 Meter Samt, Tüll, Leinen, Borten und Pailletten sowie 2.500 Swarovski-Kristalle wurden dafür verarbeitet.

Achtung Redaktionen: Eröffnung des Christkindl-Postamts am Mittwoch, 28. November, um 13.15 Uhr. Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Bibliotheksnachwuchs packt an

(23.11.2012) Die Auszubildenden der Münchner Stadtbibliothek unterziehen ihr Wissen dem Praxistest. Fast einen Monat lang (25. November bis 21. Dezember) übernehmen die zukünftigen „FaMIs“ das Ruder in der Stadtbibliothek Milbertshofen, – gespannt und etwas aufgeregt.

„Mal sehen, wie die Leute reagieren, wenn die Bibliothek nur von jungen Leuten geführt wird,“ sagt einer der Auszubildenden im 2. und 3. Lehrjahr, die bis Weihnachten die Stadtbibliothek Milbertshofen in Eigenregie führen. Vom Bücher-Einstellen bis zu den Kassengeschäften, von der Kundenberatung bis zum Bestandsaufbau – die gesamte Organisation liegt vertrauensvoll in ihren Händen.

Ob Kindergartenkinder, Schulklassen aus Grund- und Hauptschulen oder Kunden aus dem Stadtteil: alle Fragen werden von den Auszubildenden recherchiert, alle Wünsche bearbeitet und die Medien heraus gesucht. Die Auszubildenden haben sich auf Klassenführungen vorbereitet, sie kennen das Ausleihsystem der Bibliothek perfekt und werden in Eigenregie auch einige Verbesserungen in der Bibliothek vorbereiten und planen.

Was sind FaMIs?

Seit 1998 gibt es den Ausbildungsberuf Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste – kurz FaMI – für fünf Fachrichtun-

gen: Archiv, Bibliothek, Information und Dokumentation, Bildagentur und Medizinische Dokumentation. Die Ausbildung erfolgt dual und dauert in der Regel drei Jahre und setzt Mittlere Reife voraus. Mögliche Arbeitsorte sind u.a. Medien- und Pressearchive, Rundfunk und Fernsehen, Stadt- und Staatsarchive, Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken, Unternehmensbibliotheken, Informationsvermittler, Informations- und Dokumentationsstellen, Fachinformationszentren, Bildagenturen, Bildstellen, Museen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Nachwuchs gesucht

Wer sich selbst für einen Ausbildungsplatz in der Stadtbibliothek interessiert, ist in Milbertshofen herzlich willkommen. Auch diesbezüglich teilen die aktuellen FaMI-Azubis gerne ihre Erfahrungen. Bis zum 31. Dezember können sich Interessierte noch für die FaMI-Ausbildung mit Beginn am 1. September 2013 bei der Münchner Stadtbibliothek bewerben.

Achtung Redaktionen: Medienvertreterinnen/Medienvertreter sind herzlich eingeladen, live aus der „Ausbildungsbibliothek“ zu berichten. Um Voranmeldung wird gebeten.

- Kontakt zur Ausbilderin: Ute Groß, Münchner Stadtbibliothek Obergiesing, Schlierseestraße 47, 81539 München, Telefon 2 33-4 38 33, E-Mail: ute.gross@muenchen.de
- Kontakt zur Bibliotheksleitung Milbertshofen: Klaus Then, Schleißheimer Straße 340, 80809 München, Telefon 18 93 78 59-0, E-Mail: stb.milbertshofen.kult@muenchen.de

Schtetl, Stadt und Metropole – Virtuelle Präsentation mit Vortrag

(23.11.2012) Das Jüdische Museum München, St.-Jakobs-Platz 16, bietet schon jetzt einen Blick auf das derzeit im Aufbau befindliche Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau sowie seine Projekte:

- Am Dienstag, 27. November, 19 Uhr, gibt Mirjam Böhm, Referentin aus dem Warschauer Museum, im Foyer einen Einblick in die Architektur des Gebäudes, die Struktur und den Inhalt der Hauptausstellung. Zudem präsentiert sie das vom Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau 2009 ins Leben gerufene Internetportal „Virtuelles Schtetl“, die inzwischen größte allgemein zugängliche Datenbasis mit Video-, Text-, Film- und Bildmaterial zur Geschichte, Religion und Kultur der ostmitteleuropäischen Juden. Das Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau wird voraussichtlich im Herbst 2013 eröffnet. Der Eintritt ist frei.
- Bereits um 17 Uhr gibt es für alle Interessierten zusätzlich eine Führung durch die Ausstellung „Juden 45/90 Von ganz weit weg – Einwanderer



aus der ehemaligen Sowjetunion“ mit Lena Gorelik und Piritta Kleiner. Die Führung kostet 6 Euro zuzüglich Eintritt in die Ausstellung. Anmeldung erbeten unter Telefon 2 33-4 19 51.

Die Veranstaltungen finden in Zusammenarbeit mit den 26. Jüdischen Kulturtagen München, dem Jüdischen Museum München und dem Polnischen Generalkonsulat/Polnisches Kulturzentrum statt. Informationen unter www.juedisches-museum-muenchen.de

Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“

(23.11.2012) Unter dem Schwerpunkt „Mein München“ führt Ursula Eymold, Leiterin der Sammlung Stadtkultur/Volkskunde, am Mittwoch, 28. November, um 16 Uhr durch die stadthistorische Ausstellung „Typisch München!“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. „Mein München!“ ist eine temporäre Ausstellung, die in die Dauerausstellung „Typisch München“ interveniert. Sie zeigt subjektive Beobachtungen von jungen Münchnerinnen und Münchnern zu Phänomenen urbaner Lebenswelten. Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 27. November

- 9.30 Uhr Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
- 14.30 Uhr Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 28. November

- 9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 23. November 2012

Fehlbetäubungsrate bei Schlachttieren

Anfrage Stadtrat Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 28.6.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

In Ihrer Anfrage vom 28.06.2012 zur Fehlbetäubungsrate bei Schlachttieren führten Sie zunächst aus:

„In einer Kleinen Anfrage (Drucksache 17/9824) erkundigte sich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach der Fehlbetäubungsrate bei Schlachttieren.

Der Antwort der Bundesregierung vom 15. Juni 2012 (Drucksache 17/10021) ist zu entnehmen, dass diese in deutschen Schlachthöfen bei Schweinen mit bis zu 12,5 Prozent, bei Rindern mit bis zu neun Prozent beziffert werden kann. Darüber hinaus wird zudem das Problem unzureichender Entblutung und zu großer Zeitabstände zwischen Betäubung und Entblutung erläutert.“

Ihre in diesem Zusammenhang an Herrn Oberbürgermeister Ude gerichteten Fragen darf ich in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister nachfolgend beantworten:

Frage 1:

Gibt es für den Münchner Schlachthof eine Statistik zur Erfassung der Fehlbetäubungsrate bei Schlachttieren?

Antwort:

Im Rahmen der Qualitätsüberwachung der Rinder- und der Schweineschlachtung durch den amtlichen Tierarzt werden auch Dokumente zur Überwachung des Betäubungserfolgs geführt.

Frage 2:

Wenn ja: Wie stellt sich diese dar (bitte aufgeschlüsselt nach Schweinen, Rindern, Geflügel, sonstigen Tieren)?

Antwort:

Der gesamte Schlachtvorgang wird vom amtlichen Tierarzt überwacht. Dabei werden sämtliche Aspekte der Schlachtung von der Entladung der Tiere vom LKW über den Zutrieb in die Betäubungsfalle und die Betäubung vor Ort bis zum Eintritt des Todes durch Blutentzug überprüft. Die Feststellungen werden auf dem Tagesprotokoll vermerkt.

Bei der Rinderschlachtung werden Aufzeichnungen über den korrekten Ansatz des Bolzenschussapparates zur Rinderbetäubung geführt. Am enthäuteten Schädel der geschlachteten Tiere werden die Position und die Anzahl der Schusslöcher beurteilt und dokumentiert. Bei korrekter Position kann von einer erfolgreichen Betäubung ausgegangen werden.

Die Auswertungen durch den amtlichen Tierarzt zeigen, dass in 0,8% der Rinderschlachtungen Fehler bei der Betäubung aufgetreten sind. In diesen Fällen wurde unverzüglich nachbetäubt. Zu diesem Zweck steht ein zweiter Bolzenschussapparat zur Verfügung. Erst danach wird der Schlachtvorgang durch Blutentzug fortgesetzt. Dass so verfahren wird, ist durch die beschriebene Überwachung des gesamten Schlachtvorgangs durch den Amtlichen Tierarzt sichergestellt.

Bei der Schweineschlachtung geben Computeraufzeichnungen Aufschluss über den korrekten Stromanstieg und die Haltezeit der Elektrobetäubung. Darüber hinaus wird der Betäubungserfolg durch das Überwachungspersonal geprüft und dokumentiert. Die Aufzeichnungen ergeben eine Fehlbetäubungsquote von 2,7%. Auch hier ist eine sofortige Nachbetäubung mit Hilfe von Ersatz-Elektrozangen sichergestellt. Der Schlachtvorgang wird erst danach fortgesetzt.

Geflügel und sonstige Tiere werden in München nicht geschlachtet.

Frage 3:

Welche Maßnahmen sind von Seiten des Schlachthofs und des Veterinär-amtes veranlasst und umgesetzt, um die Fehlbetäubungsrate möglichst gering zu halten?

Antwort:

Am Münchner „Schlachthof“ ist die Schlachtung privatisiert. Die Rinderschlachtung wird durch die „Münchner Schlachthof Betriebs GmbH“, die Schweineschlachtung durch die „Schweineschlachtung München GmbH“ durchgeführt.

Maßnahmen seitens der „Münchner Schlachthof Betriebs GmbH“:

- Betäubung und Töten durch Blutentzug wird ausschließlich von Personen mit Sachkundenachweis und Erfahrung durchgeführt.
- Mitarbeiterschulungen werden regelmäßig durchgeführt.
- In einer sog. „Tötungsfalle“ wird der Kopf des Tieres mechanisch jeweils so fixiert, dass Ausweichbewegungen ausgeschlossen sind und ein korrekter Ansatz des Bolzenschussapparates gewährleistet ist.
- Für die Betäubung werden ausschließlich Geräte (Bolzenschussapparat) auf dem neuesten technischen Stand verwendet.
- Für den unwahrscheinlichen Fall des Versagens/eines Defektes des Bolzenschussapparates liegen stets zwei schussbereite Ersatzbetäubungsgeräte griffbereit.
- Die Betäubungsgeräte werden täglich überprüft und gewartet; dies wird dokumentiert.
- Das betriebliche Eigenkontrollsystem stellt die Einhaltung der o.g. Maßnahmen sicher.

Maßnahmen seitens der „Schweineschlachtung München GmbH“:

Personal:

- Ausschließlich erfahrenes Personal mit nachgewiesener Sachkunde wird bei der Betäubung und Entblutung eingesetzt.
- Mitarbeiterschulungen werden regelmäßig durchgeführt.
- Standardarbeitsanweisungen gemäß VO (EG) Nr. 1099/2009 wurden im Vorgriff implementiert.
- Es wird verstärkt auf das Zusammenspiel zwischen Betäuber (Elektrobetäubung) und Stecher (Entblutung) geachtet. Hier ist es besonders wichtig, dass innerhalb kürzester Zeit nach Eintritt der Betäubung der ordnungsgemäße Entblutestich gesetzt wird.
- Bei Auffälligkeiten wird die Schlachtung gestoppt und durch den „Stecher“ sofort nachbetäubt.
- Im Rahmen der betrieblichen Eigenkontrolle wird die ordnungsgemäße Betäubung vor Ort täglich kontrolliert.

Technik:

- Im Falle einer „Fehlbetäubung“ ertönt bei der Schlachtung von Mastschweinen neben der optischen Warnanzeige ein akustisches Signal. Es wird sofort nachbetäubt.
- Die Betäubungsgeräte und -einrichtungen werden täglich durch Fachpersonal überprüft und gewartet.
- Regelmäßige Überprüfung und Wartung der Anlage durch die Herstellerfirma werden durchgeführt.

- Die Betäubungselektroden werden täglich gewechselt.
- Arbeitstäglich wird vor Arbeitsbeginn eine technische Funktionsprüfung durchgeführt.
- Ersatzgeräte stehen in ausreichendem Umfang zur Verfügung.

Im Übrigen muss zum 01.01.2013 die VO (EG) Nr. 1099/2009 EU-weit umgesetzt sein, die u.a. die Eigenkontrollen der Betriebe im Bereich des Betäubens und Schlachtens und der damit verbundenen Tätigkeiten ausdrücklich regelt, insbesondere Betäubungskontrollen sowie Standard-Arbeitsanweisungen und die Bestellung eines eigenen sachkundigen Tierschutzbeauftragten.

Maßnahmen durch den amtlichen Tierarzt:

- Die Betäubungsgeräte werden vor Schlachtbeginn einer Funktionsprüfung unterzogen.
- Betäubung und Entblutung wird vor Ort überwacht (siehe oben zu Frage 2)
- Die Betriebe werden seitens des amtlichen Tierarztes bei Personalschulungen unterstützt.

Seitens des Veterinäramtes wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die beiden Schlachtbetriebe im Hinblick auf die oben genannte Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 unterstützt.

Frage 4:

Welche technischen Maßnahmen werden zur Kontrolle einer effektiven Betäubung und Entblutung angewandt?

Antwort:

Bei der Rinderschlachtung werden keine technischen Maßnahmen zur Kontrolle einer effektiven Betäubung und Entblutung angewandt; die Überprüfung erfolgt vielmehr visuell.

Technische Mittel zur Überprüfung der Bolzenschussbetäubung beim Rind stehen – soweit der Veterinärverwaltung bekannt – derzeit nicht zur Verfügung.

In der Schweineschlachtung (siehe auch Antwort zu Frage 3) gibt es

- ein optisches und akustisches Alarmsignal bei einer Fehlbetäubung in der Betäubungsfalle (Mastschweine) sowie
- ein optisches Alarmsignal bei einer Fehlbetäubung mit der Handzange (Ferkel und Mutterschweine).



Frage 5:

Welche darüber hinausgehenden Maßnahmen werden von Seiten des Veterinäramtes für sinnvoll erachtet?

Antwort:

Als weitergehende Maßnahme wird eine verpflichtende innerbetriebliche jährliche Schulung aller Personen für sinnvoll erachtet, die die Tiere beim Entladen und im Zutrieb betreuen, betäuben und durch Blutentzug töten.

Des Weiteren sollte die fachliche Qualifikation des Tierschutzbeauftragten, der gemäß VO (EG) Nr. 1099/2009 (Art. 17) ab 2013 in Schlachtbetrieben zu benennen ist, konkretisiert werden.



Online Fundbüro

Antrag Stadträtin Dr. Evelyne Menges (CSU) vom 2.4.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine Angelegenheit, die in die Organisationsgewalt des Oberbürgermeisters fällt, sodass eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

In Ihrem Antrag vom 02.04.2012 fordern Sie das Fundbüro des Kreisverwaltungsreferates auf, Fundsachen online ins Internet zu stellen (vergleichbar dem Fundbüro Münster) und Fundsachen fotografisch zu erfassen (im Fernsehinterview vom 03.04.2012 in München.TV zu Ihrem Stadtratsantrag).

Zur digitalen Erfassung von Fundsachen im städtischen Fundbüro können wir Ihnen folgenden Sachstand mitteilen:

Das städtische Fundbüro begann im Juli 2009 mit der Erfassung erster Fundgruppen in die hauseigene Funddatenbank FELIX. Mitte 2012 werden wir mit der Funddatenbank erstmals auch Versteigerungen von nicht abgeholten Fundsachen durchführen können. Somit ist der gesamte Lebensweg einer Fundsache in der Funddatenbank dann weitestgehend revisionssicher abgebildet.

Voraussichtlich Ende 2012 werden wir der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) eine Anbindung an unsere Funddatenbank FELIX für die Erfassung der MVG-Funde zur Verfügung stellen können, vorbehaltlich einer vertraglichen Vereinbarung. Sollte diese Anbindung erfolgreich funktionieren, können wir auch weiteren Fundanlieferern diese Anbindung zur Verfügung stellen, so dass langfristig eine Art Münchner Fundverbund entstehen kann.

Für das erste Halbjahr 2013 ist geplant, eine Schnittstelle zur Polizei zu schaffen. Die Polizei fungiert als Annahmestelle für Fundsachen und als Anlaufstelle für Personen, die eine Verlustanzeige aufgeben. Die Schaffung einer Schnittstelle würde eine große Arbeitserleichterung für beide Seiten darstellen – für Polizei und städtisches Fundbüro.



Für das zweite Halbjahr 2013 soll als vorerst letzte Ausbaustufe der Funddatenbank FELIX das Bürgerportal geschaffen werden, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen wird, vermisste Gegenstände online verloren zu melden. Sie werden dann eine Rückmeldung des Systems erhalten, ob zu den gesuchten Merkmalen (Verlustanzeige) passende Datensätze (Fundanzeigen) in der Datenbank vorhanden sind. Dazu führt das System einen Abgleich zwischen der Verlustanzeige und den vorhandenen Funddaten durch, das sog. Matching.

Das FELIX-Bürgerportal wird sich vom Online-Auftritt der Stadt Münster und anderen vergleichbaren Internet-Auftritten dadurch unterscheiden, dass Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit haben werden, die Datenbank online zu durchsuchen. Unseres Erachtens geht Datenschutz vor Transparenz. Wir haben uns deshalb für eine andere technische Lösung entschieden.

Zur fotografischen Erfassung von Fundsachen (Fernsehinterview vom 03.04.2012 in München.TV zum Stadtratsantrag) ist folgendes anzumerken:

Eine fotografische Erfassung der Fundgegenstände ist bislang nicht vorgesehen. Demgegenüber ist aber eine fotografische Ergänzung von Verlustanzeigen geplant. Eine fotografische Erfassung von Fundsachen würde bei 30.000 bis 40.000 Fundgegenständen pro Jahr erhebliche personelle Ressourcen binden und entsprechende (nicht vorhandene) technische Einrichtungen voraussetzen. Eine derartige Ressourcenausstattung ist unter Berücksichtigung der Einsparungsziele des sechsten Haushaltskonsolidierungskonzepts derzeit nicht vorgesehen.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



München unterstützt die „Vermisst“-Kampagne des Bundesinnenministers gegen Islamistische Radikalisierung!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 12.9.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Ihre an das Kreisverwaltungsreferat gerichtete Aufforderung befasst sich mit einer Angelegenheit, die der laufenden Aufgabenerledigung zuzuordnen ist und deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist rechtlich nicht möglich. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftweg zu beantworten.

Mit Schreiben vom 12.09.2012 beantragten Sie, dass der Stadtrat folgendes beschließt:

„Die Stadt macht sich die in Kürze anlaufende Plakatkampagne des Bundesinnenministers unter dem Motto ‚Vermisst‘ zueigen und stellt dafür Werbeflächen auch in der LHM zur Verfügung. Die Stadt wird beim Bundesinnenministerium vorstellig, um die Kampagne auch nach München zu holen.“

Seitens der Landeshauptstadt München ist nicht vorgesehen, diesem Vorschlag zu folgen.

Im Übrigen hat auch das Bundesinnenministerium den für den 21.09.2012 geplanten Beginn der Plakataktion der Öffentlichkeitskampagne „Vermisst“ auf unbestimmte Zeit verschoben.

Ich bitte Sie von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



„Mehmet“ ist hier unerwünscht!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.9.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten.

Ihr Antrag vom 18.09.2012 lautet wie folgt:

„Die Stadt nutzt alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten, um dem aus Deutschland ausgewiesenen und 2005 rechtskräftig verurteilten türkischen Serienstraftäter ‚Mehmet‘ jede Rückkehrmöglichkeit nach München zu verwehren.“

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Die Entscheidung über die Befristung der sogenannten „Ausweisungswirkung“, d.h. des Wiedereinreiseverbots, erfolgt auf der Grundlage des vom Bundestag beschlossenen Aufenthaltsgesetzes im übertragenen Wirkungsbereich.

Eine beschlussmäßige Behandlung Ihres Antrags im Stadtrat ist somit rechtlich nicht möglich.

Im übrigen ist zum Sachstand folgendes auszuführen:

Ein Antrag auf Befristung der Sperrwirkung der Ausweisungsverfügung von „Mehmet“ ist bei der Ausländerbehörde München mittlerweile eingegangen. Eine ausführliche Begründung steht noch aus.

Sobald die Begründung vorliegt, wird die Ausländerbehörde den Antrag prüfen und zu gegebener Zeit darüber entscheiden.

Nachgefragt: Umbenennungen von Kolonialstraßen

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.9.2012

Antwort Kommunalreferent Axel Markwardt:

Ihre Anfrage bezieht sich auf den Beschluss Nr. 9 des Ausländerbeirats vom 26.03.2012, in dem dieser weitergehende Maßnahmen zur Umbenennung von „Kolonialstraßen“ fordert, als lediglich die Anbringung von Erläuterungstafeln an den betreffenden Straßen, wie von der Vollversammlung des Stadtrats am 12.02.2009 beschlossen.

Frage 1:

Wie wurde mit dem genannten Antrag des Ausländerbeirats an die LHM verfahren? Wann und in welcher Form wurde er der Stadt bzw. dem Oberbürgermeister zugeleitet?

Antwort:

Das Direktorium hat den Antrag des Ausländerbeirats im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters an das Kommunalreferat-Vermessungsamt zur zuständigen Bearbeitung weitergeleitet.

Frage 2:

Inwieweit hat sich die Stadt – abweichend von der geltenden Beschlusslage, wonach „umstrittene“ Straßennamen mit Erläuterungsschildern versehen werden sollen – ggf. Anregungen des Ausländerbeirats zur Umbenennung von Straßen zu eigen gemacht?

Antwort:

Die Stadt hat nach der Anbringung der Erläuterungsschilder an den betreffenden Straßen keine weiteren Maßnahmen getroffen.

Frage 3:

Welche Umbenennungen von Münchner Straßen sind gegenwärtig geplant?

Antwort:

Gegenwärtig sind keine Umbenennungen von Straßen im Zusammenhang mit „Kolonialstraßen“ geplant.



**Menschenwürdige Haftbedingungen in der JVA München
einfordern – die LHM wird beim Freistaat aktiv!
Was ist in Stadelheim los, Frau Merk?**

Anträge Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.8.2012 und 4.9.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Mit o.g. Anträgen beantragen Sie:

Antrag Nr. 08-14/A 03588 vom 10.08.2012:

„1. Die LHM setzt sich mit dem Freistaat Bayern wegen der unverzüglichen Herstellung menschenunwürdiger Haftbedingungen in der JVA München-Stadelheim ins Benehmen, hier insbesondere im sogenannten ‚Ost- und ‚Westbau‘. Dabei werden die Möglichkeiten eines Neubaus erörtert.

2. Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Perspektiven der Freistaat aufzeigen konnte.“

Antrag Nr. 08-14/A 03624 vom 04.09.2012:

„Der Stadtrat beschließt: Die Stadt ersucht das bayerische Justizministerium um Aufschluss über die Lage der Häftlinge in der JVA München-Stadelheim. Über die Ergebnisse wird dem Stadtrat berichtet.“

Für die in Ihren o.g. Anträgen angeführten Sachverhalte besteht seitens der Landeshauptstadt München keine Zuständigkeit.

Eine Klärung der von Ihnen aufgeworfenen Fragen ist ausschließlich über das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz möglich.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Nachhaltigkeits-Zertifizierungen für Münchner Immobilien

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.10.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Nach Informationen des Immobilienportals ‚DEAL‘ kann ein beachtlicher Teil der in der LHM neuerrichteten gewerblichen Immobilien eine der gebräuchlichen Nachhaltigkeitszertifizierungen – DGNB, LEED, BREEAM – vorweisen. Während die Quote im Bestand nur bei drei Prozent liegt, wird bei den Neubauten bis 2015 ein Anteil von immerhin 35 Prozent für Zertifizierungsvorhaben angestrebt. Bei den Fertigstellungen bis zum Jahr 2003 lag dieser Anteil laut DEAL erst bei 21 Prozent.“

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt:

Frage 1:

Welche Institution ist in der LHM für die Vergabe von Nachhaltigkeitszertifizierungen für Immobilien-Neubauten zuständig?

Antwort:

Keine.

Frage 2:

Welche Kriterien und Standards werden mit den genannten gebräuchlichen Nachhaltigkeits-Zertifizierungen dokumentiert?

Antwort:

Die genannten Nachhaltigkeits-Zertifizierungen werden aufgrund der durch die jeweilige Organisation entwickelten Bewertungsstandards beurteilt.

Frage 3:

Welche Aussagen lassen sich über den Stand der Nachhaltigkeits-Zertifizierungen im Bereich des Münchner Wohnungsbaus treffen und zwar a) für Bestandsimmobilien und b) für Bauvorhaben in den nächsten Jahren? Welche Meßlatten haben sich dabei die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gesetzt?



Antwort:

Dem Referat für Gesundheit und Umwelt und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung liegen keine Informationen über privatwirtschaftliche Zertifizierung von Münchner Wohnungsbauten im Bestand und für Bauvorhaben in den nächsten Jahren vor.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften lassen derzeit weder Bestandsimmobilien noch Neubauvorhaben zertifizieren. Unabhängig davon werden aber die Nachhaltigkeitsziele z.B. aus dem „Ökologischen Kriterienkatalog“ und dem wohnungspolitischen Handlungsprogramm „Wohnen in München V“ durch die Vorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften laufend umgesetzt.

Wärmedämmung an Hausfassaden – unwirksam und teuer?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.10.2012

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Mehrere Medienberichte der letzten Wochen machen unter Hinweis auf einschlägige wissenschaftliche Studien darauf aufmerksam, dass wärme-gedämmte Wohnhäuser paradoxerweise oft einen höheren Energiever-brauch als nicht gedämmte Häuser aufweisen. Die Anwendung von Wär-medämmungen ‚kann (...) dazu führen, dass der Verbrauch von Öl und Gas steigt. (...) Die Ergebnisse werfen die Frage auf, ob die Bundesregierung mit der geplanten Verschärfung der Energiesparverord-nung ihre Ziele in der Energiewende nicht konterkariert.‘ (Zit. nach: ‚Wärme-dämmung kann Heizkosten in die Höhe treiben‘, ‚Die Welt‘, 08.10.2012, www.welt.de/finanzen/immobilien/article109699115/Waermedaemmung-kann-Heizkosten-in-Hoehe-treiben.html).

Schon in einer Studie des IBP-Instituts für Bauphysik der Fraunhofer-Ge-sellschaft vom Jahre 1985 konnte darüber hinaus in einem aufwendigen Vergleich ermittelt werden, ‚dass die Verwendung von Dämmstoffen den Heizenergieverbrauch nicht senkt, sondern im Vergleich zu Massivwänden vielmehr in die Höhe treibt‘ (ebd.).

Brisanterweise sollen von 2014 an nach Plänen der Bundesregierung für eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) Neubau-ten so errichtet werden, dass ihr rechnerischer Energiebedarf um 12,5 Pro-zent sinkt. Von 2016 an soll der theoretische Heizenergiebedarf bei neuen Wohngebäuden sogar noch einmal um die gleiche Prozentzahl reduziert werden – mit der Folge, dass noch mehr Dämmstoffe verwendet werden müssten als derzeit. – Hier stellen sich Fragen.“

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zuge-leitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

Inwieweit hat die Stadt von der Studie des IBP-Instituts der Fraunhofer-Gesellschaft von 1985 und vergleichbaren Untersuchungen (aufgeführt a.a.O., s.o.) Kenntnis?

Antwort:

Diese Diskussion ist der Fachwelt seit fast 30 Jahren bekannt.

Frage 2:

Inwieweit sieht sich die Stadt in der Lage, die genannten Aussagen über die energetische Wirksamkeit der Anwendung von Wärmedämmungen und ihre preistreibende Wirkung zu bestätigen? Inwieweit liegen ggf. eigene Untersuchungen bzw. Feststellungen städtischer Einrichtungen vor?

Antwort:

Die Wirksamkeit von Wärmedämm-Maßnahmen kann anhand jeder Thermoskanne erfahren werden. Die Behauptung, dass Wärmedämm-Maßnahmen den Wärmeverbrauch erhöhen sollen, ist nicht nachvollziehbar. Die rechnerisch mögliche Energieeinsparung kann lediglich durch Planungs- und Ausführungsmängel gemindert werden, ohne dass dabei der grundsätzlich Nutzen der Wärmedämmung in Frage gestellt werden kann.

Frage 3:

Inwieweit sieht die Stadt im Licht der genannten Untersuchungen ggf. Anlass, die Vorgaben der Energieeinsparverordnung der Bundesregierung zu hinterfragen und künftig einen differenzierteren Standpunkt in der Frage der Wärmedämmung von Hausfassaden zu vertreten, etwa bei der Beratung von Münchner Hauseigentümern?

Antwort:

Für eine Änderung der städtischen Politik gibt es keinerlei Begründung.

Tuberkulose-Risiko durch Tausende Sinti und Roma aus Bulgarien?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.10.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage legen Sie folgenden Sachverhalt zu Grunde:

„In einem aktuellen Fernsehbericht des Lokalsenders ‚muenchen.tv‘ wurde am 24.10. über den verstärkten Zuzug von Sinti und Roma aus Bulgarien speziell nach München berichtet. Allein 2011 seien bereits rund 6000 Angehörige der Minderheit neu nach München zugezogen, und für den bevorstehenden Winter werden weitere Tausende (!) erwartet, die die kalte Jahreszeit in ihrer Heimat fürchten und sich in der bayerischen Landeshauptstadt Unterkunft und medizinische Versorgung erhoffen. Selbst soziale Organisationen beklagen, ‚dass immer mehr Roma aus Bulgarien in die Isarmetropole strömen‘ (Quelle: http://www.muenchen-tv.de/gesellschaft/Sinti_und_Roma-11552.html).

Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ hatte vor wenigen Monaten die Zahl der in München lebenden Sinti und Roma noch auf ‚1000 bis 2000‘ geschätzt.

Anlass des Fernsehberichts war die Rückkehr einer Delegation des Malteser-Hilfsdienstes und der Caritas aus Bulgarien, die im August bereits in einer Stadtrats-Anfrage des Fragestellers thematisiert wurde (StR-Antrags-Nummer 08-14 / F 01323). Die Delegation berichtete über verheerend hygienische und medizinische Verhältnisse in den bulgarischen Siedlungsschwerpunkten der Roma- und Sinti-Minderheit. Speziell unter seuchenhygienischen Aspekten ergäben sich Probleme. – Es stellen sich Fragen.“

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet.

Frage 1:

Die Antwort des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) auf eine Anfrage des Fragestellers erbrachte im April 2012 die Information, dass 2010 und 2011 jeweils 79 Prozent der Tuberkulose-Neuerkrankungen in München auf Migranten entfielen. In absoluten Zahlen fielen 2010 145 und 2011 136 gemeldete Tuberkulose-Neuerkrankungen in der LHM an. Wie will sich die LHM gegen das erkennbare Tuberkulose-Risiko wappnen, das mit möglicherweise Tausenden von Sinti und Roma einhergeht, die in den nächsten

Monaten in München eintreffen können? Welche medizinischen oder anderweitigen speziellen Vorsorgepläne gibt es?

Antwort:

Das RGU beobachtet keine aktuellen Fallzunahmen, somit auch kein spezifisches Tuberkulose-Risiko. Im Übrigen differenziert das RGU seine Statistiken nicht nach Ethnizität. Die RGU-Qualitätsstandards im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes (Prävention, Meldewesen, Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten) schützen grundsätzlich die öffentliche Gesundheit, in angemessener Weise.

Frage 2:

Inwieweit werden aus dem Balkan neu einreisende Migranten in München routinemäßig auf eine mögliche TBC-Infektion hin untersucht? Von welcher oder welchen Institutionen?

Antwort:

Im Rahmen des Asylverfahrensgesetzes werden alle Asylsuchenden vom RGU auf das Vorliegen einer ansteckungsfähigen Tuberkulose untersucht.

Frage 3:

Inwieweit kann die Stadt die von „muenchen.tv“ gemachte Angabe bestätigen, allein 2011 seien rund 6000 Angehörige der Sinti- und Roma-Minderheiten allein aus Bulgarien nach München zugewandert? Welche Erkenntnisse liegen dazu ggf. aus dem bayerischen Innenministerium vor?

Antwort:

Dem RGU sind keine ethnospezifischen Statistiken bekannt, auch keine diesbezüglichen Erkenntnisse aus dem bayerischen Innenministerium.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 23. November 2012

IT Gipfel für München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper und Mechthilde Wittmann (CSU)

Wertstoffinseln wieder mit Papiertonnen ergänzen

Antrag Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Mechthilde Wittmann
Stadtrat
Robert Brannekämper

ANTRAG
23.11.12

IT Gipfel für München

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister ruft einen IT Gipfel ein, bei dem alle Referate mit ihren IT Fachleuten, einer repräsentativen Zahl von Anwendern und dem jeweiligen Referatspersonalrat die sich proaktiv für den IT Gipfel melden. Auf diesem IT Gipfel soll die derzeitige Nutzung, die Hemmnisse und Probleme bei der Nutzung von LIMUX, insbesondere in der Kompatibilität und Kommunikation mit Behörden außerhalb des Hoheitsbereiches analysiert werden. In Zusammenarbeit mit den IT Verantwortlichen im Direktorium und dem Eigenbetrieb werden Lösungsansätze erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt.

Dabei werden dem Stadtrat die Kosten für eine sofortige Umsetzung jedes einzelnen Projektes dargestellt.

2. Dem Stadtrat werden die Kosten für die jeweils in den einzelnen Referaten neu zu entwickelnde Software in allen städtischen Referaten seit Beginn der Legislaturperiode inklusive der beschlossenen aber noch nicht realisierten Ansätze dargestellt.

Begründung:

Seit der Einführung von LIMUX gab es immer Probleme im Bereich der Kompatibilität und Kommunikation mit anderen Behörden. Insbesondere im Bereichen, wo nur Windows-gestützte Programme verwendet werden oder eine Vielzahl unterschiedlicher Programme gleichzeitig verwendet werden, kommt es regelmäßig zu erheblichen Ausfällen. Bestes Beispiel dafür ist die KFZ - Zulassungsstelle. Selbst der Ausfall von Teilsystemen führt hier regelmäßig zur vollständigen Arbeitsunfähigkeit. Die ist den Mitarbeitern und den Kunden nicht mehr zuzumuten. Ebenso kann es nicht sein, dass lediglich der Hinweis erfolgt, diese Problemen sollten so ungefähr im Jahre 2015 behoben sein.

Mechthilde Wittmann, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

Robert Brannekämper, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG
23.11.12

Wertstoffinseln wieder mit Papiertonnen ergänzen

Die Wertstoffinseln im Stadtgebiet werden wieder durch eine Papiertonne ergänzt.

Begründung:

Seit die Papiertonnen von den Wertstoffinseln, wegen der direkten Versorgung der Haushalte, zurückgezogen wurden, ist an vielen Stadorten festzustellen, dass Verpackungsmaterial aus Papier oder Pappe, mit den Wertstoffe, wie Glas, Metall und Kunststoffe gebracht werden, in der Umgebung liegen bleiben und einen ungepflegten Eindruck der Sammelstellen hinterlassen.

Wenn eine Papiertonne zu den Wertstoffcontainern gestellt würde, könnte das Problem schnell und ohne großen Aufwand beseitigt werden.

Außerdem wäre für die Bürger auch eine wohnortnahe Entsorgung von Pappe und Papiermaterial möglich, wenn die vorhandenen Tonnen am Haus einmal nicht ausreichen. Die Leerung der Papiertonnen könnte mit dem örtlichen Zyklus erfolgen, so dass sich der Aufwand in engen Grenzen halten würde.

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender